



Innenausschuss

55. Sitzung (öffentlich)

26. Februar 2015

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 14:55 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Marion Schmieder

Iris Staubermann (TOP 1)

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

7

Der Ausschuss beschließt, TOP 3 – den Gesetzentwurf der Landesregierung „Zweites Gesetz zur Änderung des Rettungsgesetzes NRW“ – von der Tagesordnung abzusetzen. Der Gesetzentwurf soll in einer Sondersitzung am 17. März 2015 beraten werden. Die Sitzung soll möglichst als gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuss für Kommunalpolitik stattfinden.

1 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Schutz personenbezogener Daten (Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen – DSG NRW)

8

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6634

– Sachverständigengespräch –

Hierzu werden die in der folgenden Tabelle aufgeführten Sachverständigen angehört:

Organisationen/Verbände	Sachverständige	Stellungnahmen	Seiten
Deutsche Polizeigewerkschaft NRW	Erich Rettinghaus, Landesvorsitzender Frank Mitschker	16/2590	8, 17 13
Landgericht Berlin	Ulf Buermeyer, Richter	16/2614	9, 14, 17

Weitere Stellungnahmen	
Landesbeauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen, Ulrich Lepper	16/2597
Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Nordrhein-Westfalen	16/2512

Weitere Zuschriften	
Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk NRW	16/674
Bund Deutscher Kriminalbeamter, Landesverband NRW	16/676

2 Gesetz zur Stärkung des Regionalverbands Ruhr

19

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6866
APr 16/781

Abschließende Beratung zur Abgabe eines Votums an den federführenden
Ausschuss für Kommunalpolitik

Der Innenausschuss beschließt, auf ein Votum zu verzichten.

3 Zweites Gesetz zur Änderung des Rettungsgesetzes NRW 20

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6088
APr 16/689 – Neudruck

Abschließende Beratung zur Abgabe eines Votums an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

– abgesetzt –

4 Gesetz über den Vollzug der Abschiebungshaft in Nordrhein-Westfalen (Abschiebungshaftvollzugsgesetz Nordrhein-Westfalen – AHaftVollzG NRW) 21

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/7545

Der Ausschuss beschließt die Durchführung einer Anhörung am 26. März 2015 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP bei Enthaltung der Piratenfraktion. Pro Fraktion kann ein Sachverständiger benannt werden. Grundlage der Anhörung ist das Gesetz an sich. Die Piratenfraktion erstellt einen Fragenkatalog.

5 Planungsstand bezüglich neuer Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber und aktuelle Situation in den Einrichtungen 28

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2695

6 Einbruchskriminalität in Nordrhein-Westfalen auf Rekordniveau – Anteil der Kriminalpolizei am Personalbestand der Polizei muss endlich erhöht werden! 53

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/5760
APr 16/785

Der Antrag Drucksache 16/5760 wird mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piratenfraktion gegen die

Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion abgelehnt.

7 Einsatz von Mini-Schulterkameras (Body-Cams) bei der Polizei Nordrhein-Westfalen erproben **63**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/5923
APr 16/785

Der Antrag Drucksache 16/5923 wird mit den Stimmen der Fraktion von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Piratenfraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

8 Wann gibt es endlich eine Katastrophenwarnung per App in NRW – hat die Landesregierung überhaupt ein Konzept? (TOP beantragt von der FDP-Fraktion; siehe Anlage) **71**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2685

9 Was tut die Landesregierung für eine zeitnahe Wiederinbetriebnahme des Abschiebegefängnisses in Büren? (TOP beantragt von der CDU-Fraktion; siehe Anlage) **77**

Vorlage 16/2667
Bericht der Landesregierung

10 Rechtsextreme ziehen mit brennenden Fackeln vor Asylbewerberheim in Dortmund (TOP beantragt von der CDU-Fraktion; siehe Anlage) **79**

In Verbindung mit:

Rechte Übergriffe, Hetze, Aufmärsche und Schmierereien gegen Geflüchtete in NRW (TOP beantragt von der Piratenfraktion; siehe Anlage)

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2672

Innenausschuss

26.02.2015

55. Sitzung (öffentlich)

Sm

- 11 Verwendungseingeschränkte Polizeivollzugsbeamte im Jahr 2014**
(TOP beantragt von der CDU-Fraktion; siehe Anlage) **80**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2673
- 12 Ehemaliger Grünen-Abgeordneter stellt Strafanzeige gegen Polizei**
(TOP beantragt von der CDU-Fraktion; siehe Anlage) **85**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2668
- ohne Diskussion –
- 13 Pflicht zum Tragen der Dienstwaffe in Wuppertal – Neue
Schutzwesten für Polizei-Spezialeinheiten in NRW – Überlegungen
zum Mitführen von Maschinenpistolen in Streifenwagen – Endlich
sachgemäße Unterrichtung des Innenausschusses über
Konsequenzen für NRW-Polizei wegen Terrorgefahr** (TOP beantragt
von der FDP-Fraktion; siehe Anlage) **86**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2677
- 14 Kampf gegen den Terror, „Manndeckung“ von Fußballintensivtätern
und Salafisten, „Raumdeckung“ von gefährdeten Objekten,
europaweiter Blitzmarathon im April, Dauerdemos im Wochentakt,
überlastete Kripo durch Rocker- und Einbrecherbanden – Wie soll die
Polizei das eine tun, ohne das andere zu lassen?** (TOP beantragt von
der FDP-Fraktion; siehe Anlage) **87**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2674
- 15 Todesfall bei Polizeieinsatz in Gelsenkirchen** (TOP beantragt von der
FDP-Fraktion; siehe Anlage) **89**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2670

- 16 NRW startet ab sofort mit neuem Konzept gegen Gewalt beim Fußball – Innenminister Jäger hat angekündigt: „Wir nehmen die Intensivtäter in Manndeckung“** (TOP beantragt von der FDP-Fraktion; siehe Anlage) **95**

In Verbindung mit:

Was ist der Inhalt des Konzepts „Intensivtäter Gewalt und Sport“?
(TOP beantragt von der Piratenfraktion; siehe Anlage)

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2671

- 17 Verschiedenes** **102**

Am Dienstag, 24. März 2015, findet um 14:00 Uhr ein Sachverständigengespräch zum CDU-Antrag „Ausweitung gebührenpflichtiger Polizeieinsätze“ statt.

Die nächste reguläre Sitzung ist am Donnerstag, 26. März 2015, um 10:00 Uhr. Dabei ist das verabredete Hauptthema: „Zwischenbericht über die Aktivitäten im Rahmen des Projekts FeuerwEHRENSache“ mit Hinzuziehung der Projektleitung. – Absprachegemäß sollten sich die Fraktionen hinsichtlich weiterer Tagesordnungswünsche an diesem Tag auf das Allernotwendigste beschränken.

* * *

2 Gesetz zur Stärkung des Regionalverbands Ruhr

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6866
APr 16/781

Abschließende Beratung zur Abgabe eines Votums an den federführenden Ausschuss für Kommunalpolitik

Vorsitzender Daniel Sieveke informiert, dass man zu diesem Punkt, der in der Januar-Sitzung geschoben worden sei, heute zum Abschluss kommen solle, da er federführende Ausschuss für Kommunalpolitik die Voten der mitberatenden Ausschüsse benötige. Er habe das Signal erhalten, dass der Wirtschaftsausschuss auf ein Votum verzichtet habe.

Thomas Stotko (SPD) schlägt vor, ebenfalls ohne Votum weiterzugeben.

Theo Kruse (CDU) hat eine Nachfrage an die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen. Der Presse sowie der Diskussion im Hause habe man entnehmen können, dass der Gesetzentwurf insgesamt zurückgenommen worden sei, weil die Anhörung insgesamt ergeben habe, dass nicht nur erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken gegenüber diesem Gesetzentwurf bestünden, sondern dass er sich auch nicht in eine politische Konzeption einbetten lasse, die aufzeige, wohin denn die strukturellen Veränderungen im Lande in den nächsten Monaten gehen sollten.

Daher wolle er wissen, ob der Gesetzentwurf noch in der Beratung im parlamentarischen Verfahren stehe oder nicht mehr.

(Zuruf: Die Regierung kann dazu nichts sagen!)

Hans-Willi Körfges (SPD) antwortet, dass sich erstens der Gesetzentwurf noch im ordentlichen Verfahren befinde und dass zweitens Herr Kruse seinen Kollegen Hovenjürgen fragen könne, der an allen diesbezüglichen Gesprächen in erheblichem Umfang beteiligt sei.

(Theo Kruse [CDU]: Darum geht es gar nicht, Herr Körfges! Das ist peinliche Polemik! – Gegenrufe)

Der Innenausschuss beschließt, auf ein Votum zu verzichten.

